

**Unser
Bayern**



**sozial
offen**



**viel-
fältig**

Forderungen an die bayerische Politik

PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND LANDESVERBAND BAYERN e.V.
www.paritaet-bayern.de

Unser Bayern ist sozial, offen und vielfältig

Forderungen an die bayerische Politik

Unser Bayern ...

- ... ist offen und vielfältig und steht ein für Demokratie. 4
- ... ist ein lebenswertes Land, in dem alle gut wohnen und leben können. 6
- ... ist sozial gerecht und bekämpft Armut wirkungsvoll. 8
- ... ist ein Land, in dem Frauen und Männer gleichberechtigt leben können. 10
- ... ist kinder- und familienfreundlich. 12
- ... schafft ein inklusives Gemeinwesen, in dem alle Menschen selbstbestimmt leben können. 14
- ... ist für ältere und pflegebedürftige Menschen lebenswert. 16
- ... begegnet allen Menschen mit Respekt und fördert die Integration. 18
- ... gestaltet die Digitalisierung sozial und nimmt die Menschen dabei mit. 20
- ... schafft eine neue Balance von Job, Sorgearbeit, Engagement und Freizeit für alle. 22
- ... stärkt Bürger- und Menschenrechte. 24

Liebe Leserinnen und Leser,

mit großer Sorge beobachten wir eine wachsende soziale und kulturelle Spaltung unserer Gesellschaft. Anstatt sich für eine offene, plurale Gesellschaft stark zu machen, wird das Klima der Polarisierung von der Politik weiter angeheizt. Es ist Zeit, dass endlich wieder Vernunft in die politische Debatte einkehrt, und die Lösung der Zukunftsfragen wieder in den Mittelpunkt politischen Handelns gestellt wird!

Herausforderungen gibt es genug: Integration, Digitalisierung, Bekämpfung der Armut, gesellschaftlicher Zusammenhalt, bezahlbarer Wohnraum, Fachkräftemangel – um ein paar Stichworte zu nennen. Was fehlt, sind konkrete, langfristig tragbare Vorstellungen und Konzepte, die über den nächsten Wahltag hinausreichen.

Als Wohlfahrtsverband haben wir den Auftrag, uns mitgestaltend in die Sozial- und Gesellschaftspolitik einzubringen. Der Paritätische setzt sich für eine Sozial- und Gesellschaftspolitik ein, die Selbstbestimmung, Bürgerrechte, Humanität und soziale Teilhaberechte miteinander verbindet. Wir haben

unsere Vorstellungen und Eckpunkte für ein soziales Miteinander formuliert und daraus Forderungen an die Politik abgeleitet. Eine Politik für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft ist keine Sozialromantik, sondern ergibt sich aus dem Sozialstaatsgebot unseres Grundgesetzes.

Viel steht auf dem Spiel: unsere Demokratie als Ganzes, der soziale Frieden in unserem Land und die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Nur eine Gesellschaft, die offen für Veränderung ist, hat Zukunft. Für diese Offenheit und die Bereitschaft, sich auf die zunehmende Vielfalt einzulassen, wird sich der Paritätische in Bayern weiterhin einsetzen. Auch im Hinblick auf die kommende Landtagswahl! Eine tolerante Gesellschaft lebt von konstruktiven, politischen Auseinandersetzungen.



Margit Berndl
Vorstand Verbands- und Sozialpolitik





Bild: Torbz | Fotolia

Unser Bayern ist offen und vielfältig und steht ein für Demokratie.

Ein offenes und vielfältiges Bayern ermöglicht allen Menschen umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ein Leben in Selbstbestimmung.

Eine gelingende Integrationspolitik ist die große gesellschaftliche Herausforderung der nächsten Jahre. Integration ist kein einseitiger Prozess. Dafür braucht es die Offenheit der Mehrheitsgesellschaft, Geflüchtete in ihrer Mitte aufzunehmen.

Das Zusammenleben in Vielfalt braucht den lebendigen Austausch

und Orte, wo Menschen die Gelegenheit erhalten, einander zu begegnen und aufeinander zuzugehen. Moderne Vielfaltspolitik muss die Menschen über ethnische, kulturelle und religiöse Grenzen hinweg in einen Dialog bringen.

Demokratie zeichnet sich durch eine lebendige, starke Zivilgesellschaft aus. Wir brauchen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs darüber, welche Werte uns verbinden und wie wir unser Handeln gesellschaftlich nachhaltig ausrichten.

Zahlen, Daten, Fakten

- 5,2 Millionen Menschen in Bayern, die älter als 14 Jahre sind, engagieren sich: im Sport, im Sozialen, für die Kultur, für Bildung, für Rettungsdienste, in der Kommunalpolitik, etc.
- Vereine sind mit 52 Prozent die beliebtesten Orte des Engagements
- 82 Prozent der engagierten Menschen in Bayern möchten durch ihr Engagement „die Gesellschaft mitgestalten“

(Quelle: Freiwilligensurvey 2014)

Um die Zivilgesellschaft und die Demokratie in Bayern zu stärken, fordern wir:

- das wachsende Klima der Polarisierung und Stigmatisierung sozialer Gruppen nicht zu befeuern, sondern sich für eine offene, plurale Gesellschaft stark zu machen,
- langfristigen Engagementmöglichkeiten, über Engagement in der Selbsthilfe, bis zum projektbezogenen, kurzfristigen digital vermittelten Schnupper-Engagement,
- Unterstützung ehrenamtlichen, bürgerschaftlichen Engagements durch Investitionen in die Infrastruktur – von kurzfristigen Projektförderungen hin zu Strukturfinanzierung von freien Trägern, die engagementfördernd wirken, wie z.B. Mehrgenerationenhäuser, Freiwilligen-Agenturen, Selbsthilfekontaktstellen, Mütter- und Familienzentren oder Nachbarschaftshilfen,
- flächendeckend kommunale Koordinationsstellen für bürgerschaftliches Engagement und Nachhaltigkeit,
- geeignete Rahmenbedingungen und Zugänge zum Engagement für alle Menschen: für Kinder und Jugendliche, für Menschen mit Migrationshintergrund, für Menschen mit Behinderung, etc.,
- Förderung neuer Formen der ganzen Vielfalt des freiwilligen Engagements – von etablierten
- Förderung von Beteiligungsprozessen und Partizipation von Kindheit an bis ins Seniorenalter.



Fotos: Torsten Busacker, fottoo | Fotolia

Unser Bayern ist ein lebenswertes Land, in dem alle gut wohnen und leben können.

In vielen Städten Bayerns wird es immer schwieriger bis unmöglich, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Obwohl es in der Bayerischen Verfassung heißt *„Die Förderung des Baues billiger Volkswohnungen ist Aufgabe des Staates und der Gemeinden“*, wurde der soziale Wohnungsbau in den vergangenen Jahren sukzessive zurückgefahren und vernachlässigt. Das Thema steht endlich auf der politischen Agenda, die bisherigen Maßnahmen reichen aber bei Weitem nicht aus.

Dabei geht es auch um die Gestaltung der sozialen Lebensräume. Je vielfältiger unsere Gesellschaft wird, umso notwendiger wird gute Quartiers- und Nachbarschaftsarbeit, die ein solidarisches Miteinander organisiert und Räume für Begegnung schafft.

Das tägliche Leben vieler Menschen findet in der näheren Umgebung der eigenen vier Wände statt. Hier brauchen sie gute Nahversorgung und soziale Infrastruktur, insbesondere im ländlichen Raum.

Zahlen, Daten, Fakten

- der bayerische Mieterbund schätzt den Bedarf an neuen Sozialwohnungen auf jährlich 15.000 bis 20.000
- 1988 gab es in Bayern fast 500.000 Sozialwohnungen; 2014 waren es nicht mal mehr 150.000
- in den letzten zehn Jahren verteuerten sich die Mietpreise in Bayern um mehr als ein Drittel; in München stiegen die Mieten von 1995 bis 2017 um rund 74 Prozent

(Quellen: Deutscher Bundestag Drs. 18/11403, IVD)

Damit alle Menschen in Bayern gut wohnen und leben können, fordern wir:

- gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in ganz Bayern,
- Verbesserung der mietrechtlichen Situation sozialer Träger, damit sie ihre Angebote aufrecht erhalten können,
- massive Investitionen in den sozialen Wohnungsbau, um die jahrzehntelange Fehlpolitik auszugleichen,
- Kommunales und preislimitiertes Vorkaufsrecht für Grundstücke,
- strategische Bodenvorratspolitik statt Verkauf von Grundstücken,
- Vergabe öffentlicher Grundstücke nach sozialen Kriterien,
- vermehrte Vergabe von Erbbaurechten als Maßnahme gegen dynamisch steigende Bodenpreise,
- verbesserter Schutz vor Diskriminierung und Benachteiligung auf dem Wohnungsmarkt,
- mehr barrierefreien Wohnraum,
- Ausbau des Beratungsangebots zur Prävention von Wohnungsverlust,
- Stärkung der Quartiers- und Gemeinwesenarbeit sowie bedarfsgerechte Finanzierung quartiersnaher Strukturen,
- Entwicklung neuer Mobilitätskonzepte.



Foto: JackF | Fotolia

Unser Bayern ist sozial gerecht und bekämpft Armut wirkungsvoll.

Auch im reichen Bayern gibt es Armut: circa 1,9 Millionen Menschen sind armutsgefährdet. Mittlerweile lebt jedes sechste Kind in Bayern in Armut – in Deutschland jedes fünfte. Diese hohe Zahl spiegelt das Versagen der Politik in der Armutsbekämpfung wider.

Schon heute arbeitet fast ein Viertel der Beschäftigten für einen Niedriglohn – mit steigender Tendenz. Die Zahl der Menschen mit Brüchen in der Berufsbiographie wächst. Für viele ist eine private Vorsorge für

Rente, Krankheit oder Pflege kaum möglich. Die Folge ist ein deutlicher Anstieg der Altersarmut. Von Armut betroffene Menschen ziehen sich aus ihrem sozialen Umfeld zurück. Sie sind häufiger krank und haben eine geringere Lebenserwartung. Gleichzeitig steigt das Einkommen Besserverdienender und privates Vermögen, wodurch der Gegensatz zwischen Arm und Reich immer größer wird. Die soziale Spaltung gefährdet unsere Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Zahlen, Daten, Fakten

- legt man das bayerische Nettoeinkommen zugrunde, sind 14,9 Prozent der Menschen in Bayern von Armut gefährdet (im Jahr 2016)
- die von Armut am stärksten betroffenen Menschen sind Erwerbslose (53,4 Prozent) und Alleinerziehende (43,3 Prozent)
- die Armutsgefährdungsquote von Kindern liegt in Bayern bei 16,5 Prozent – jedes sechste Kind ist also von Armut bedroht

(Quelle: Amtliche Sozialberichterstattung)

Um die soziale Spaltung zu überwinden und Armut wirkungsvoll zu bekämpfen, fordern wir:

- die Einführung einer existenzsichernden Kindergrundsicherung in Höhe von 573 Euro,
- Förderung benachteiligter Kinder, um ihnen bessere Bildungsabschlüsse und gute Berufschancen zu ermöglichen,
- eine Weiterentwicklung der sozialen Sicherungssysteme, die den strukturellen Veränderungen des Arbeitsmarktes Rechnung trägt,
- eine armutsfeste Reform der gesetzlichen Rentenversicherung,
- höhere Investitionen in Prävention, die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen besonders berücksichtigt,
- Anhebung der Regelsätze in der Grundsicherung, die soziale Teilhabe ermöglichen,
- eine deutliche Erhöhung des Mindestlohns auf mindestens 12,63 Euro als Schutz vor Armut,
- Kommunen, in denen viele von Armut betroffene Menschen leben, müssen finanziell besser ausgestattet werden, damit sie gute soziale Infrastruktur bereitstellen können,
- stärkere Beteiligung Vermögenger an der sozialen Ausgestaltung des Gemeinwesens, z.B. durch Einführung der Finanztransaktionssteuer, Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Reformierung der Erbschaftssteuer.

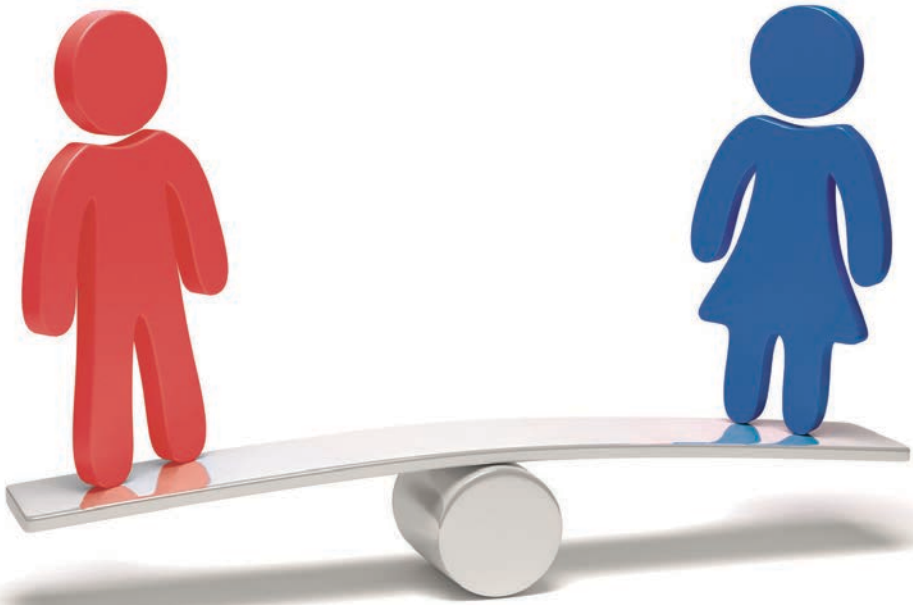


Foto: fotomek | Fotolia

Unser Bayern ist ein Land, in dem Frauen und Männer gleichberechtigt leben können.

Laut Artikel 3 des Grundgesetzes sind Männer und Frauen gleichberechtigt. Aufgabe des Staates ist es, die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung zu fördern. Da hat der Staat noch einiges zu tun! Denn noch immer sind wir von einer wirklichen Gleichberechtigung weit entfernt.

Frauen haben ein erhöhtes Armutsrisiko, weil sie weniger verdienen als Männer, weil sie häufiger in Teilzeit arbeiten, weil sie häufiger ihr Erwerbsleben unterbrechen wegen

Erziehung oder Pflege und weil sie deshalb weniger Rentenansprüche erwerben.

Zur konsequenten Gleichstellung der Geschlechter muss die Bundesregierung endlich ein umfassendes Rahmenkonzept vorlegen und umsetzen.

Damit politischer Druck entsteht, braucht es eine laute Zivilgesellschaft, eine neue emanzipatorische Bewegung von Frauen und Männern, die eine wirkliche Gleichberechtigung einfordert.

Zahlen, Daten, Fakten

- Frauen verdienen im Durchschnitt 22 Prozent weniger als Männer
- ein Drittel des Gender Pay Gap geht darauf zurück, dass Frauen bei vergleichbarer Qualifikation und Tätigkeit sieben bis acht Prozent weniger verdienen
- nur 14 Prozent der Eltern mit Kindern zwischen ein und drei Jahren sind beide im gleichen Umfang erwerbstätig
- zwei Drittel der im Niedriglohnsektor Beschäftigten sind Frauen

(Quelle: 2. Gleichstellungsbericht der Bundesregierung)

Um Gleichberechtigung von Männern und Frauen zu erreichen, fordern wir:

- ein umfassendes Rahmenkonzept für eine konsequente Gleichstellung der Geschlechter,
- gleichen Lohn für gleiche Arbeit,
- angemessene Gehälter in den frauendominierten Dienstleistungs-, Sozial- und Gesundheitsberufen sowie deren Refinanzierung,
- flexible Arbeitszeitmodelle, die individuelle Betreuungs- und Pflegebedarfe stärker berücksichtigen und insbesondere Vätern eine stärkere Beteiligung ermöglichen,
- Abschaffung von finanziellen Anreizen, die traditionelle Rollenverteilung und das Modell der Ein-Ernährer-Familie verfestigen,
- einen gesetzlichen Anspruch auf Teilzeit und eine Rückkehr in Vollzeitbeschäftigung, der über die bisherigen Pläne der Bundesregierung hinaus geht,
- Quote in Vorständen und Aufsichtsräten,
- mehr Frauen in Parlamenten,
- die Erprobung von Konzepten gendersensibler Erziehung in Kindertagesstätten, denn tradierte Rollenbilder werden schon an die Kleinsten weitergegeben,
- bedarfsgerechter Ausbau der Kinderbetreuungs- sowie der Pflegeinfrastruktur.



Fotos: iStock : Blue_Cutler, Fotolia: JeanetteDietl, Robin, Mjowra, Monkey Buisness

Unser Bayern ist kinder- und familienfreundlich.

Familien sind vielfältig. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Dazu gehören Ehepaare und nichteheliche Lebensgemeinschaften mit Kindern, Alleinerziehende, gleichgeschlechtliche Paare mit Kindern, Pflege- und Adoptivfamilien. Alle familiären Lebensformen sind in ihrer Vielfalt anzuerkennen, denn alle tragen zur Stabilität, zum Fortbestand und zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Für viele Familien ist es eine schwierige

Aufgabe, den Anforderungen des Alltags – Erziehung und Förderung der Kinder, Haushalt, Job – gerecht zu werden, auch weil die Großeltern oft weit entfernt leben oder selbst noch berufstätig sind. Es müssen strukturelle Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sie dabei unterstützen und allen Familien soziale Teilhabe ermöglichen.

Starke Familien sind wichtig für eine gute Entwicklung der Kinder, und sie sind das Fundament für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Zahlen, Daten, Fakten

- im Jahr 2014 lebten 2,06 Mio. Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren in Bayern
- von den 1,3 Mio. Familien mit minderjährigen Kindern haben 10,3 Prozent drei und mehr Kinder; 17,3 Prozent sind alleinerziehend
- eines von drei Kindern hat einen Migrationshintergrund
- jedes sechste Kind in Bayern ist armutsgefährdet
- drei Viertel der Pflege wird privat erbracht

(Quelle: 3. und 4. Bayerischer Sozialbericht)

Damit Bayern kinder- und familienfreundlich wird, fordern wir:

- die gezielte Bekämpfung von Kinder- und Familienarmut,
- familienfreundliche Rahmenbedingungen, die es Eltern ermöglichen, Erwerbstätigkeit, Erziehung, Pflege und Hausarbeit gerechter zu teilen,
- qualitativ hochwertige Bildungs- und Betreuungsangebote, die alle Kinder individuell fördern und ihnen Freiräume zur Entfaltung bieten,
- bedarfsgerechten, qualitativ hochwertigen Ausbau der Ganztagesangebote für Schulkinder,
- eine größere gesellschaftliche Anerkennung und bessere Bezahlung von Erziehungs- und Pflegeberufen (mit Refinanzierung für die Träger),
- eine Ausbildungsvergütung und die Refinanzierung für die Ausbildungsträger, um die Attraktivität des Erzieher/-inberufs zu steigern,
- altersgerechte Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten für Kinder und Jugendliche und Verankerung in kommunalen Strukturen,
- die Förderung familien- und kinderfreundlicher Infrastruktur, damit Kommunen attraktive Lebensorte für Familien bleiben,
- gute Rahmenbedingungen für Begegnungsorte im Sozialraum.



Foto: muro | Fotolia

Unser Bayern schafft ein inklusives Gemeinwesen, in dem alle Menschen selbstbestimmt leben können.

Inklusion bedeutet, dass alle Menschen selbstbestimmt am gesellschaftlichen Leben teilnehmen. Die zentrale ideelle Grundlage ist die Gleichwertigkeit aller Menschen in ihrer Vielfalt. Wir verstehen diese Vielfalt als Bereicherung. Inklusion ist die bunte Normalität des Alltags.

Inklusion betrifft alle Menschen. Es geht um alle gesellschaftlichen Bereiche. Menschen sind nicht behin-

dert, sondern sie werden behindert. Um ein selbstverständliches Miteinander aller zu ermöglichen, muss sich nicht der Mensch mit Beeinträchtigung anpassen. Die Gesellschaft muss sich verändern! Erst wenn alle Menschen – ob mit oder ohne Behinderung, ob jung oder alt, egal welcher Nationalität oder Religion – an allem teilhaben können, sprechen wir von einer inklusiven Gesellschaft.

Zahlen, Daten, Fakten

- in Bayern leben rund 1,15 Millionen Menschen mit einer Schwerbehinderung; in 95 Prozent aller Fälle ist eine Krankheit Ursache für die Behinderung
- nur 25 Prozent der Kinder mit Förderbedarf besuchen in Bayern eine Regelschule
- erst 2021 sollen 86 Prozent der Bahnreisenden die Bahnsteige barrierefrei erreichen können

(Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik,
Deutsche Bahn)

Um ein inklusives Gemeinwesen zu schaffen, fordern wir:

- den konsequenten Abbau von Barrieren in allen Bereichen – angefangen bei den Barrieren in den Köpfen,
- eine einkommens- und vermögensunabhängige Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung,
- die Stärkung der Partizipation von Menschen mit Behinderung und Anerkennung als Expertinnen und Experten in eigener Sache,
- das uneingeschränkte Wunsch- und Wahlrecht für Menschen mit Behinderung in der Eingliederungshilfe,
- ein inklusives Bildungssystem, das den Bedürfnissen aller Kinder und Jugendlichen gerecht wird – unabhängig von Behinderung, kultureller oder sozialer Herkunft,
- einen *Inklusiven Arbeitsmarkt*, der allen Menschen mit ihren unterschiedlichen Bedürfnissen und Potentialen einen gleichberechtigten Zugang zu beruflicher Bildung und existenzsichernder Beschäftigung ermöglicht,
- die Qualifikation pädagogischen Personals, die Bereitstellung von ausreichend Ressourcen sowie multiprofessionelle Teams zur Unterstützung,
- Stärkung der sexuellen Selbstbestimmung.



Foto: Barbara Stenzel | Alten- und Servicezentrum

Unser Bayern ist für ältere und pflegebedürftige Menschen lebenswert.

Unsere Gesellschaft wird immer älter. Mehr als 30 Prozent der Bevölkerung werden im Jahr 2050 älter als 60 Jahre sein. Das aktive Älterwerden bei steigender Lebenserwartung ist erfreulich. Die Potentiale und das Wissen der älteren Generation werden bisher zu wenig gesellschaftlich anerkannt. Die Politik einer älter werdenden Gesellschaft muss darauf ausgerichtet werden, ein eigenständiges und selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen sowie soziale Teilhabe zu sichern.

Mit der steigenden Zahl älterer und hochbetagter Menschen wächst auch der Pflegebedarf. Drei Viertel der Pflege wird privat erbracht. Der Pflegenotstand ist schon jetzt zur Dauerkrise geworden. Darunter leiden alle Beteiligten. Um eine menschenwürdige Pflege für alle sicherzustellen, braucht es mehr Zeit, mehr Personal und vor allem mehr Geld im System! Es braucht einen Richtungswechsel: Die Pflege muss so reformiert werden, dass die institutionelle Pflege ausgebaut und die private Pflege entlastet wird.

Zahlen, Daten, Fakten

- in Bayern leben mehr als 2,6 Millionen Menschen, die 65 Jahre und älter sind
- 2015 gab es in Bayern 348.253 Pflegebedürftige. Mehr als zwei Drittel von ihnen wurden zu Hause versorgt
- 33.400 Personen erhielten 2015 Hilfe zur Pflege
- im Jahr 2015 waren in Bayern etwa 103.000 Personen in der stationären und 47.100 in der ambulanten Pflege beschäftigt

(Quelle: 4. Bayerischer Sozialbericht)

Damit Bayern für ältere und pflegebedürftige Menschen lebenswert ist, fordern wir:

- gute Arbeitsbedingungen für mehr und besser bezahltes Pflegepersonal,
- Schaffung und Förderung von präventiven Beratungsangeboten für den Erhalt der Selbständigkeit und Lebensqualität,
- Refinanzierung aller Aufwendungen insbesondere der Tarifsteigerungen durch die Kostenträger, um die Rahmenbedingungen für eine gute Pflege gewährleisten zu können,
- Förderung einer barrierefreien wohnortnahen Daseinsvorsorge sowie sozialer Angebote zur Stärkung gegenseitiger nachbarschaftlicher Hilfe,
- infrastruktureller Ausbau und Förderung bedarfsgerechter, wohnortnaher und bezahlbarer pflegerischer Versorgungsangebote,
- langfristige Förderprogramme zur Stärkung der Versorgungsstrukturen im ländlichen Raum, um gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land zu schaffen,
- eine freie Wahl der passenden Versorgungsform – ambulant, teilstationär oder stationär,
- Stärkung der Kommunen für einen bedarfsgerechten Ausbau der Versorgungsangebote und deren Vernetzung sowie die Weiterentwicklung alternativer Wohn- und Versorgungsformen.



Foto: Wohnstift Mozart

Unser Bayern begegnet allen Menschen mit Respekt und fördert die Integration.

Ohne Zweifel: Die Integration der vielen geflüchteten Menschen ist eine gewaltige Aufgabe, die wir schaffen müssen. Dazu gibt es keine Alternative, wenn der soziale Frieden in Deutschland erhalten bleiben soll. Die Integrationsaufgabe wird allerdings nicht leichter, wenn die öffentliche Debatte derart aufgeheizt ist und allein auf Ausgrenzung setzt. Das nutzt niemandem. Im Gegenteil: Sie vermittelt nicht nur den Geflüchteten „Wir wollen euch hier nicht“, sondern sie zeigt auch den vielen gut integrierten

Menschen mit Migrationshintergrund, dass sie nicht dazu gehören. Das ist fatal und spaltet unsere Gesellschaft. Der größte Teil der Geflüchteten ist jünger als 30 Jahre. Viele von ihnen sind zum Nichtstun und Abwarten verurteilt, weil die Asylverfahren noch immer zu lange dauern. Diese Perspektivlosigkeit in Kombination mit der Unterbringung in Massenunterkünften fördert Konflikte und auch Aggressivität. Stattdessen brauchen sie Perspektiven – durch Bildung, Qualifizierung und Beschäftigung.

Zahlen, Daten, Fakten

- 23 Prozent der Menschen in Bayern haben einen Migrationshintergrund
- 2017 wurden 24.243 Erstanträge auf Asyl in Bayern gestellt
- 74,1 Prozent der Asylbewerber/-innen sind jünger als 30 Jahre, 27,6 Prozent unter 6 Jahre und 18,3 Prozent 6 bis 18 Jahre
- die Beschäftigungsquote von Geflüchteten liegt bei 24,8 Prozent

(Quellen: BAMF, Bundesagentur für Arbeit)

Um die gewaltige Aufgabe der Integration zu meistern, fordern wir:

- Unterbringung in kleineren dezentralen Aufnahmeeinrichtungen sowie eine möglichst frühzeitige Unterbringung in Wohnungen; die Selbstbestimmung muss gewährleistet sein,
 - Bedarfen von Geflüchteten mit besonderem Schutzbedarf, z.B. für alleinstehende Frauen und Kinder oder LGBTIQ-Geflüchtete, muss Rechnung getragen werden,
 - umfassende gesundheitliche und psychosoziale Versorgung und Beratung,
 - eine Integrationspolitik, die von Anfang an Zugang zu Sprachkursen, Bildung, Ausbildung und Arbeitsmarkt unabhängig von der Bleibe-
- perspektive sicherstellt und Integration auf Augenhöhe ermöglicht,
- auskömmliche Finanzierung der Flüchtlings- und Integrationsberatung, die unabhängig von staatlichen Interessen ist,
 - die geplanten Ankerzentren lehnen wir ab, denn die Betroffenen werden hier gezielt von sozialen Kontakten, Beratungs-, Integrations- und Partizipationsmöglichkeiten ausgeschlossen; Ängste bei den Geflüchteten und bei der Bevölkerung sind vorprogrammiert,
 - eine Asylpolitik, die das Recht auf Schutz und die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt.



Foto: XtravaganT | Fotolia

Unser Bayern gestaltet die Digitalisierung sozial und nimmt die Menschen dabei mit.

Die Digitalisierung verändert die Arbeitswelt grundlegend und durchdringt alle gesellschaftlichen Lebensbereiche. Sie verändert nicht nur die Industrie, sondern hält ebenso Einzug in die gesundheitsbezogenen und sozialen Arbeitsfelder. In allen Bereichen, in denen die IT zum Einsatz kommt, ergeben sich Veränderungen im Anforderungsprofil der Beschäftigten. Nicht nur geringqualifizierte Tätigkeiten sind ersetzbar, sondern auch qualifizierte Arbeitsplätze verändern sich oder

sind vom Wegfall in großem Umfang betroffen.

Digitalisierung muss sozial und gemeinwohlorientiert gestaltet werden. Es dürfen nicht nur wenige Datengiganten und Unternehmen reich werden, sondern alle müssen davon profitieren können – also nicht nur der Onlinehandel, sondern genauso die Lagerarbeiterin. In der Debatte über die Gestaltung des digitalen Wandels muss sich die Stimme der Zivilgesellschaft deutlich mehr Gehör verschaffen.

Zahlen, Daten, Fakten

- im Jahr 2017 verbrachten die Deutschen erstmals mehr Zeit mit digitalen Medien als mit dem Fernsehen
- 75 Prozent der Erzieherinnen und Erzieher befürworten den verantwortungsvollen Umgang mit Computern in Kitas
- circa 81 Prozent der Deutschen besitzen ein Smartphone
- Deutschland belegt beim Breitbandausbau europaweit einen der hinteren Plätze

(Quellen: E-Marketer, Stiftung "Haus der kleinen Forscher", W&V, OECD)

Um die Digitalisierung sozial zu gestalten, fordern wir:

- die Vermittlung digitaler Kompetenzen in allen Schultypen sowie die Qualifizierung des pädagogischen Personals auch in den Kindertageseinrichtungen,
- Investitionen in die digitale Ausrüstung für alle Bildungseinrichtungen sowie einen flächendeckenden Breitbandausbau,
- Verankerung von Digital Literacy (Digitale Alphabetisierung) in der Ausbildung unter Berücksichtigung von Studien zu den Auswirkungen digitaler Medien auf Kinder und Jugendliche,
- personenbezogene soziale Dienstleistungen in ihren digitalen Wandlungsprozessen durch staatliche Förderprogramme zu unterstützen,
- Weiterentwicklung und Anpassung der sozialen Absicherung im Hinblick auf die Veränderungen der Erwerbsformen und Erwerbsbiografien,
- Anspruch auf kontinuierliche Fort- und Weiterbildung,
- Entwicklung von Konzepten, wie alle Menschen von der Digitalisierungsdividende profitieren können,
- Schutz digitaler Bürgerrechte sowie umsichtige Regulierung nach ethischen und sozialen Kriterien.



Entgeltausgleich
Lohnerhöhung
Arbeitsleben
Flexibilisierung
Eitern
Überstunden
Zukunft
Beschäftigte
Geld
Familie
Bürgerschaftliches Engagement
Arbeitnehmer
Arbeitszeiten
Tarifrunde
Produktivität
Kürzere Arbeitszeiten.
Forderungen
Verhandlungen
Produktivität
Überstunden
Mitarbeiter
Beruf
Eltern
Stunde
Teilzeit
Selbstbestimmung
Tarifverhandlungen
Abschaffung
Konzentration
Lohnausgleich
Produktivität
Dienstplan
Arbeitsplätze
Arbeitszeitverkürzung
Vollzeitsstelle

Foto: jozsitoroe | Fotolia

Unser Bayern schafft eine neue Balance von Job, Sorgearbeit, Engagement und Freizeit für alle.

Menschen arbeiten – zum Broterwerb, bei der Erziehung der Kinder, der Pflege von Angehörigen, der Hausarbeit und engagieren sich bürgerschaftlich für unsere Demokratie. Alle Tätigkeiten haben eine große Bedeutung für unsere Gesellschaft, aber werden nicht gleichermaßen wertgeschätzt. Außerdem sind sie nicht gleich verteilt zwischen Frauen und Männern. Viele Menschen wollen weniger Zeit für Erwerbsarbeit aufwenden müssen, um mehr Zeit für andere Tätigkeiten

zu haben. Dafür brauchen sie eine ausreichende finanzielle Grundlage und soziale Absicherung. Seit über 50 Jahren ist die 40-Stunden-Woche die Norm in Deutschland. Allerdings hat diese Norm für Frauen, die Kinder erziehen oder Angehörige pflegen, noch nie gegolten. Seit Jahren steigt die Belastung vieler, und psychische Erkrankungen nehmen zu. Es bleibt immer weniger Zeit für Familie, Hobbies, Engagement. Es ist Zeit für eine neue Balance!

Zahlen, Daten, Fakten

- 1918 wurde der Achtstundentag bei sechs Arbeitstagen eingeführt; in den 1960ern die 40-Stunden-Woche; 1995 wurde die 35-Stunden-Woche tarifliche Normalarbeitszeit in der westdeutschen Metall- und Elektroindustrie
- laut Mikrozensus leisteten abhängig Beschäftigte im Jahr 2016 insgesamt ca. 828,7 Mio. bezahlte und unbezahlte Überstunden
- laut einer Umfrage des IAB würden Frauen im Durchschnitt gern 28 Stunden pro Woche arbeiten und Männer 35 Stunden

Um eine neue Balance im Leben aller zu schaffen, fordern wir:

- eine Gesellschafts- und Sozialpolitik, die alle Formen der Arbeit – Erwerbsarbeit, private Sorgearbeiten und bürgerschaftliches Engagement – als gleich wertvoll ansieht und entsprechend sozial und wirtschaftlich absichert,
- eine stärkere Berücksichtigung von Erziehungs- und Pflegezeiten bei der Beitragsbemessung in den Sozialversicherungen,
- Schaffung von betrieblichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, die eine Balance von Erwerbsarbeit und Privatleben ermöglichen,
- Ausbau der Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur,
- eine lebensphasenorientierte Sozialpolitik, die es Frauen und Männern ermöglicht, rechtlich und sozial abgesichert ihre Erwerbsarbeit unterbrechen oder ihre Arbeitszeit reduzieren zu können – entsprechend ihres Bedarfs für Erziehung, Pflege, Weiterbildung oder andere gesellschaftlich relevante Aktivitäten,
- eine breite Diskussion über das Normalarbeitsverhältnis mit dem Ziel der sukzessiven Reduzierung der Arbeitszeit, damit eine neue Balance der verschiedenen Tätigkeiten möglich wird und diese gerechter zwischen den Geschlechtern aufgeteilt werden können.



Unser Bayern stärkt Bürger- und Menschenrechte.

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren.“ So lautet der erste Satz der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, die am 10. Dezember 2018 ihren 70. Geburtstag feiert. Sie sichert jedem Menschen weltweit gleiche Rechte und Freiheiten zu – unabhängig von Hautfarbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sozialer Anschauung, ethnischer und sozialer Herkunft.

Menschenrechte sind an eine einzige Bedingung geknüpft: an das Menschsein. Diese Grundrechte

werden vielfach verletzt, um ihre Einhaltung muss nach wie vor gekämpft werden – auch bei uns.

Sei es die Sanktionspraxis in den Jobcentern, der Schutz vor sexueller Gewalt, der Umgang mit psychisch kranken Menschen, die Debatte um den Familiennachzug geflüchteter Menschen, die Abhängigkeit des Bildungserfolges vom sozialen Hintergrund der Eltern oder die mangelnde Teilhabe einkommensarmer Menschen. All das sind Beispiele, bei denen individuelle und soziale Menschenrechte verletzt werden.

Zahlen, Daten, Fakten

- Recht auf gewaltfreie Erziehung: fast ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Deutschland wird von Erwachsenen geschlagen
- Recht auf Sicherheit der Person: 40 Prozent der Frauen in Deutschland haben seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt
- Recht auf Asyl: im Jahr 2017 gab es 3.139 Tote und Vermisste im Mittelmeer

(Quellen: Gewaltstudie 2013 der UNI Bielefeld, Bundesfamilienministerium, UNHCR)

Um Menschen- und Bürgerrechte zu stärken, fordern wir:

- Kinderrechte endlich ins Grundgesetz aufzunehmen sowie das Recht auf gleiche Bildungschancen für alle Kinder umzusetzen,
- eine Erhöhung der Regelsätze in der Grundsicherung, die das soziokulturelle Existenzminimum absichern und Teilhabe ermöglichen, sowie die Abschaffung der Sanktionspraxis in den Jobcentern,
- einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Schutz und Hilfe für alle von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kinder. Das gesamte Hilfesystem ist dringend bedarfsdeckend auszubauen,
- das Wahlrecht auch für Menschen mit Behinderung, die einen Betreuer „in allen Angelegenheiten“ haben und deswegen von demokratischen Wahlen ausgeschlossen sind,
- die rechtliche Handlungsfähigkeit der Menschen mit Behinderung und psychischer Erkrankung zu wahren und zu stützen,
- die Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention und der UN-Kinderrechtskonvention für geflohene Kinder und Jugendliche mit und ohne Familie,
- eine Asylpolitik, die das Recht auf Schutz und die Menschenwürde in den Mittelpunkt stellt,
- keine Abschiebungen in Länder, in denen den Menschen schwere Menschenrechtsverletzungen drohen.

Der Paritätische Wohlfahrtsverband ist einer der sechs Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege mit derzeit circa 800 Mitgliedsorganisationen in der sozialen Arbeit – der Behindertenhilfe, der Kinder- und Jugendhilfe, der Altenpflege, der Frauen- und Familienhilfe, Migration, Psychiatrie, Suchthilfe und in Selbsthilfeorganisationen.

Auf der Grundlage seiner Prinzipien Vielfalt, Offenheit und Toleranz setzt sich der Paritätische in Bayern aktiv für mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft ein.

Er engagiert sich sozial- und gesellschaftspolitisch, um Voraussetzungen für ein Leben in Selbstbestimmung und Teilhabe für alle Menschen zu schaffen. Er ist parteipolitisch unabhängig und offen gegenüber Menschen aller Religionen.

Der Verband blickt auf eine lange Tradition zurück: Gegründet wurde der Paritätische in Bayern 1924 von Luise Kiesselbach, einer bekannten bayerischen Frauen- und Sozialpolitikerin.

Newsletter

des Paritätischen in Bayern

Jetzt anmelden unter

www.paritaet-bayern.de



Impressum

Herausgeber

Paritätischer Wohlfahrtsverband,
Landesverband Bayern e.V.
Charles-de-Gaulle-Straße 4
81737 München

www.paritaet-bayern.de

Verantwortlich

Margit Berndl,
Vorstand Verbands- und Sozialpolitik

Redaktion und Gestaltung

Susann Engert

Fotos Titelseite

Fotolia: famveldman, absolut,
Daniel Ernst, fottoo, muro

Stand

Juli 2018



Alle gehören
dazu.



PARITÄTISCHER WOHLFAHRTSVERBAND
LANDESVERBAND BAYERN e.V.

Charles-de-Gaulle-Straße 4
81737 München

Telefon: 089 | 306 11-0

Fax: 089 | 306 11-111

E-Mail: info@paritaet-bayern.de

www.paritaet-bayern.de